

Danziger Zeitung.

Nr. 16816

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagen-
straße Nr. 4. und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten
für die Vertheilung oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1887.

Die Landwehr zweiten Aufgebots und der Landsturm.

In der dem Gesetzentwurf „betreffend Aenderungen der Wehrpflicht“ beigegebenen Begründung wird nicht mit Unrecht hervorgehoben, daß durch die Bestimmungen desselben nur wiederhergestellt wird, was ursprünglich in Preußen bis zum Erlasse des Reichsmilitärgesetzes Rechtens gewesen ist. Der Gesetzentwurf ist daher, wie sich die Motive ausdrücken, „in Anlehnung an die frühere Wehrverfassung Preußens, wie sie aus der Opreufriedigkeit der Bevölkerung heraus sich entwickelt hatte“, ausgearbeitet worden. Man hatte sich, als das geeinigte deutsche Reich eine einheitliche Wehrverfassung durch das Reichsmilitärgesetz vom 2. Mai 1874 erhielt, mit der Hoffnung geschmeichelt, daß die Einführung des großen Reichs allen Anforderungen gewachsen sein werde, auch wenn man den Wehrpflichtigen einige Erleichterungen gewährte. Man schaffte demgemäß die Landwehr zweiten Aufgebots ab und beschränkte die Dienstzeit überhaupt auf 12 Jahre in Linie und Landwehr. Es ist damals viel davon die Rede gewesen, daß diese Erleichterung und Abkürzung des Dienstes eine schätzenswerte Errungenschaft sei, welche sich aus der Wiederherstellung eines deutschen Reiches ergebe. Die öffentliche Meinung, welche man durch diese angebliche Concession besonders wohl in denjenigen Einzelstaaten captiviren wollte, in denen nummehr die Einführung des preussischen Landwehrinstituts als eine neue Last erscheinen mußte, ist gutmüthig oder einseitig genug gewesen, sich dabei zu betheiligen, und man dachte gar nicht daran, daß die abgeschaffte Landwehr zweiten Aufgebots im Frieden gar nicht verwendet wurde, und daß im Nothfalle, wenn der Krieg in das Inland drängt, alle Rücksichten ein Ende haben müssen. Würde das vorliegende Gesetz jetzt nicht gegeben, so würde es im Kriegsfall — und das der nächste Krieg, den das deutsche Reich wird führen müssen, ein schwerer entscheidender Krieg sein wird, daran zweifeln kein Mensch — in aller Eile noch gegeben werden müssen. Da ist es denn unumwandelbar besser, daß noch bei Zeiten geschieht und rechtzeitig vorbereitet wird, was doch im Nothfalle geschehen mußte.

Die Landwehr zweiten Aufgebots ist in Preußen nur einmal einberufen worden, als im Herbst 1850 die Armee mobil gemacht wurde. Aber die damals zusammengetrommelte Masse in der ersten Zeit der Unordnung gewesen hat, wird nicht im Zweifel sein können darüber, daß es wahrnehmbar die höchste Zeit geworden ist, die im Vertrauen auf die kriegerische Stärke des jungen deutschen Reichs von der Wehrpflicht befreiten sechs Jahrgänge wieder heranzuziehen und so zu organisiren, daß sie im Falle der Mobilmachung sofort als Kriegstruppe verwendet werden können. Man darf sich doch der Ueberzeugung nicht verschließen, daß die Kunst, den Frieden durch allerlei Schachzüge der diplomatischen Combinationen zu erhalten, allmählich aber sicher ihrem Ende sich zuneigt und ihre Hilfsmittel erschöpft. Welcher Seite dieses Hinfinschleppens eines unsicheren Friedenszustandes oder einer unaufhörlichen latenten Kriegsgefahr den größeren Vorthell gebracht haben wird, läßt sich zudem gar nicht vorberechnen. Erst der Erfolg wird darüber entscheiden. Es erscheint daher wohl angezeigt, daß man sich ernstlich auf den äußersten Fall vorbereitet.

Die Idee, welche im Jahre 1813 der Einrichtung eines Landsturms, der levée en masse, zu Grunde lag, wird heute zu Tage wohl nicht mehr durchführbar erscheinen können. Die Führung eines Guerillakrieges im Rücken oder zur Seite einer in das Land eindringenden feindlichen Armee ist in

einem offenen hochcultivirten Lande nicht möglich. In uncultivirten, dünn besiedelten Ländern mag man mit einigem Erfolge ein so verzweifeltes Mittel in Anwendung bringen können. Dasselbe mag auch in gebirgigen Gegenden unter Umständen für Zwecke der Vertheidigung zulässig sein. An unserer Obergrenze ist dasselbe schon deshalb unzulässig, weil auf die polnisch redende Bevölkerung mit Sicherheit nicht überall gerechnet werden kann und weil das Einbringen einer starken regulären Armee der Landsturm sofort lahm legen würde. Die Proben, welche man bisher mit einem Landsturm und einer levée en masse gemacht hat, sind nicht geeignet, zur Verfolgung der ursprünglichen Idee zu ermutigen. Im Jahre 1813 hat der Landsturm eine Probe nicht bestanden, obgleich die Stimmung der Bevölkerung damals dem Versuch so günstig gewesen ist, wie das irgend denkbar erscheinen kann. Er ist aber zum Glück niemals mit dem Feinde in Berührung gekommen. Die großen Heere, welche heute ins Feld geführt werden, machen jeden Erfolg, von unbedeutenden kleinen Handstreichs etwa abgesehen, unmöglich. Man hat es 1870 auch in Frankreich erfahren, daß Frankreich eine ziemlich nutzlose Einmischung sind und nur Schaden anrichten oder vergebliches Blutvergießen zur Folge haben. Wird der Landsturm aufgegeben — und man wird dies, wenn eine feindliche Invasion droht oder erfolgt, nicht unterlassen dürfen —, so kann diese Maßregel nur den Sinn und Zweck haben, alle irgend noch verwendbaren Wehrkräfte, welche der eingedrungene Feind noch für seine Zwecke, wenn auch nicht in Waffen benutzen könnte, aus dem Lande herauszuziehen oder an gewissen Stellen zu sammeln, wo sie als Ersatz und zur Verstärkung von Feldtruppen verwendet werden können, um aus dem inneren Kern des Reiches alle Kräfte zur Vertheidigung des Reiches demselben entgegenzusetzen zu können. Dazu eignen sich beispielsweise die Gegend von Königsberg und das Samland, die Gegend von Danzig und die Weichselniederung, die Gegend von Kolberg in Pommern, die Gegend von Spandau in der Mark, die Grafschaft Glatz und das Riesengebirge u. dgl.

Auf diese und ähnliche Weise kann im gegebenen Falle die letzte Kraft gesammelt und zusammengehalten werden, und unter solchen Umständen wird man verpflichtet sein, der vorsichtigen Sorgfalt der deutschen Kriegsverwaltung, mit welcher einem bevorstehenden Kriegsfall gegenüber steht, Anerkennung zu widmen. Wir dürfen, auch wenn der neueste Kriegslärm sich wirklich als unbegründet herausstellt, wohl erwarten, daß dieses im ganzen unbedeutliche Gesetz bald in Kraft treten wird, wenn wir auch behufs genauer Prüfung der Details eine Commissionsberatung für notwendig halten.

Zur Lage im Osten.

Im „Standard“ vom 10. d. Mts. giebt der Berliner Correspondent des Blattes folgende Charakteristik der Situation:

Ich behaupte conflatoren zu müssen, daß der Ernst der Lage unverändert fortbarrt. In Petersburg bleibt hartnäckig und verhängnisvolles Schweigen an der Tagesordnung, und die Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn sind so dübel wie immer.

Daß der Unterstaatssecretär Sir James Ferguson erklärt hat, er wisse nichts von dem, was vorgeht, würde ich nicht für eine nicht bekannte Thatsache würde, daß die englischen Unterstaatssecretäre ähnliche Erklärungen regelmäßig abgegeben haben am Vorabend jedes großen Krieges, welchen das jetzige Geschick mitgeteilt. Bedenklicher ist die Mitteilung, daß man auch in Oesterreich-Ungarn die Wahrheit der deutschen Mittheilungen über die Zahl der russischen Truppen an der galizischen Grenze zu bezweifeln scheint, obgleich diese Zahlen so aussehen, als ob sie auf zuverlässiger Kundschaffung beruhen. So weit die Zuträgen Oester-

reich-Ungarns dies thun, ist es nur ein weiterer Beweis des fast ungläublichen Leichtsinns, mit dem die Bewohner des Donauraumes stets die ernstesten Dinge betrachten allerding mit Erfolg, die sich nur zu klar in dessen Gesichtspunkt ausdrücken.

Ferner bieten die Gerüchte über die angebliche Entscheidung des geistigen Militärrathes in Wien nicht viel Grund zur Befriedigung. Ich behaupte mich heute gerade bei einem sehr gut unterrichteten Diplomaten, als derselbe ein Telegramm aus Wien erhielt, welches meldete, daß jenen Gerüchten nicht allzu viel Werth beizulegen sei, da die wirkliche Entscheidung natürlich nicht veröffentlicht wird. „Gott, das dieses Dementi richtig ist“, lagte der Diplomat leuchtend und fügte dann nach einer kurzen Pause hinzu: „Ein Pündchen ist keine Feindschaft, sondern so zu sagen eine Risse auf gemeinschaftliche Kosten, von denen jeder Theilnehmer seinen eigenen Theil bezahlen muß. Verläumt der eine Theil dies zu thun, so wird der andere sie entweder einfach weigern, die ganzen Ausgaben allein zu bezahlen oder wenn er es doch thut, so wird der nicht beabsichtigte Theil als sein Protekt erscheinen.“ Falls Oesterreich nicht bald die nöthigen Maßregeln ergreift, sondern dieselben auf die lange Bank schiebt mit der Begründung, daß bis zum 31. Juli noch 3 oder 4 Monate sind, so könnte es leicht die Ueberzeugung gewinnen, daß es wieder zu spät ist.

Diese Ausführungen werden in der gestrigen Morgennummer der „Nordd. Allg. Zig.“ wieder gegeben, woraus hervorgeht, daß man ihnen officiellerseits besondere Bedeutung beigemessen wissen will. Nicht uninteressant aber scheint eine Bemerkung der „Kronf. Zig.“, welche lautet:

Die Frage, wie oft wir seit vorigem Herbst wirklich in erster Reihe Gefahr gelitten haben und wie oft wir belogen worden sind, ist müßig, denn eine zuverlässige Antwort wird darauf, wenn überhaupt, so erst aus den Staatsarchiven gewonnen werden. Das eine aber läßt sich auf Grund thatsächlicher Beobachtungen als sicher annehmen, daß man an maßgebender Stelle kein Interesse hat, die unangelegentlich Beängstigungen zu verhindern. Das beweist das Treiben der officiellen Presse.

Der Lemberger „Dziennik Polski“ meldet, in Petersburg finde eine geheime Zusammenkunft hervorragender Vertreter der slavischen Emigration statt, woran einige berüchtigte ruthenische Agitatoren (Rusophilen) Theil nehmen.

reich Ungarns dies thun, ist es nur ein weiterer Beweis des fast ungläublichen Leichtsinns, mit dem die Bewohner des Donauraumes stets die ernstesten Dinge betrachten allerding mit Erfolg, die sich nur zu klar in dessen Gesichtspunkt ausdrücken.

Ferner bieten die Gerüchte über die angebliche Entscheidung des geistigen Militärrathes in Wien nicht viel Grund zur Befriedigung. Ich behaupte mich heute gerade bei einem sehr gut unterrichteten Diplomaten, als derselbe ein Telegramm aus Wien erhielt, welches meldete, daß jenen Gerüchten nicht allzu viel Werth beizulegen sei, da die wirkliche Entscheidung natürlich nicht veröffentlicht wird. „Gott, das dieses Dementi richtig ist“, lagte der Diplomat leuchtend und fügte dann nach einer kurzen Pause hinzu: „Ein Pündchen ist keine Feindschaft, sondern so zu sagen eine Risse auf gemeinschaftliche Kosten, von denen jeder Theilnehmer seinen eigenen Theil bezahlen muß. Verläumt der eine Theil dies zu thun, so wird der andere sie entweder einfach weigern, die ganzen Ausgaben allein zu bezahlen oder wenn er es doch thut, so wird der nicht beabsichtigte Theil als sein Protekt erscheinen.“ Falls Oesterreich nicht bald die nöthigen Maßregeln ergreift, sondern dieselben auf die lange Bank schiebt mit der Begründung, daß bis zum 31. Juli noch 3 oder 4 Monate sind, so könnte es leicht die Ueberzeugung gewinnen, daß es wieder zu spät ist.

Diese Ausführungen werden in der gestrigen Morgennummer der „Nordd. Allg. Zig.“ wieder gegeben, woraus hervorgeht, daß man ihnen officiellerseits besondere Bedeutung beigemessen wissen will. Nicht uninteressant aber scheint eine Bemerkung der „Kronf. Zig.“, welche lautet:

Die Frage, wie oft wir seit vorigem Herbst wirklich in erster Reihe Gefahr gelitten haben und wie oft wir belogen worden sind, ist müßig, denn eine zuverlässige Antwort wird darauf, wenn überhaupt, so erst aus den Staatsarchiven gewonnen werden. Das eine aber läßt sich auf Grund thatsächlicher Beobachtungen als sicher annehmen, daß man an maßgebender Stelle kein Interesse hat, die unangelegentlich Beängstigungen zu verhindern. Das beweist das Treiben der officiellen Presse.

Der Lemberger „Dziennik Polski“ meldet, in Petersburg finde eine geheime Zusammenkunft hervorragender Vertreter der slavischen Emigration statt, woran einige berüchtigte ruthenische Agitatoren (Rusophilen) Theil nehmen.

Zufolge Meldungen von der russisch-galizischen Grenze sind seit kurzem starke Versammlungen für Ausländer an der russischen Grenze eingetreten. Erstere dürfen nur nach vollzogener Leibesvisitation Rußland betreten; nach Schritten wird besonders gefahndet.

Aus Petersburg wird der „Köln. Zig.“ telegraphirt: Sehr bemerkenswerth ist ein soeben veröffentlichter Ulaß über die Lage, an welchen am Plagatzhof der Festungen die kaiserliche Plagge aufgestellt werden soll. Außer hohen Festungen und zwei Siegen Peters des Großen über Schweden sind nur genannt: der Eingang in Paris, die Schlachten von Rulm und Leipzig; Siege über andere Völker sind nicht erwähnt. — Die russische Presse äußert sich natürlich über den Entschluß des kaiserlichen Kriegsraths, keine Verhandlungen nach Gattin zu führen, sehr befriedigt und gestaltet sofort ihren Ton Oesterreich gegenüber freundlich.

Deutschland.

* Berlin, 13. Debr. Aus San Remo wird vom 12. d. telegraphirt: Der Kronprinz machte heute Nachmittag 2 Uhr an Bord des ihm von der Regierung zur Verfügung gestellten Dampfers eine Spazierfahrt nach Capoverde und kehrte um 4 1/2 Uhr hierher zurück.

Der „Frankf. Zig.“ wird gemeldet: Das Befinden des Kronprinzen gestaltet sich täglich günstiger. Der hiesige Aufseher soll bis zum Mai ausgedehnt werden. Der Kronprinz macht keine Ausfahrten sondern nur Aufspaziergänge. Dr. Mackenzie

400.000 Francs. Wofür? hat er nicht geantwortet. Unter größter Scham, daß von Eydichs Gemälde vom jüngsten Reich, ist aus der Marienthür weggenommen und nach Paris entführt worden. Der neue Gouverneur, General Rapp, soll ein sehr liebenswürdiger Herr sein. Aber wir haben schon gemerkt, daß seine Liebenswürdigkeit ein unangeheures Geld kosten wird. Das Schlimmste ist aber, daß unser Handel, soweit wir nicht unredliche Wege einschlagen, auf lange Zeit hin ruiniert sein wird. Dazu werde ich mich aber nicht verstehen. Ich bin zu stolz dazu.“

„Ja, so erzähle aber doch“, sagte Frau Hintfeld, „wie es unseren polnischen Freunden ergangen ist. Woltersdorf wird sich gewiß mit uns darüber freuen.“

„Nichtig, liebe Mutter!“ sagte Herr Hintfeld, „das verlohnt sich auch in der That. Also bei der von den Franzosen bewirkten Revision der Gefängnisse wurden auch Bialostok und Kalinski aufgefunden, welche kurz vor der Beendigung der Belagerung zu, ich weiß nicht, wieviel Jahren Zuchthaus verurtheilt worden waren. Die beiden Helden machten gewaltigen Lärm darüber, daß sie nur Märtyrer ihres polnischen Patriotismus seien, und man ließ sie auch ohne weiteres laufen. Sie begegneten mir einige Tage später auf der Straße, machen mich mit hochmüthigen Blicken, die ihnen eigentlich bei ihrem gewaltig reducirten Aussehen sonderbar genug standen, und ich glaube, daß ich es nur der Lebhaftigkeit des Verkehrs auf der Straße zu danken habe, in wie ich nicht insultirt oder wenigstens angebeult wurde. Dann hatten sie aber, Gott weiß wie, herausgefunden, daß Bialostok's Stellung zu Kalinski Strazibinski, der verwundet im Lazareth gelegen hatte und bei der Räumung der Festung zurückgeblieben war, sich in Danzig befand, und Bialostok war froh genug, den französischen Autokratien vorzurufen, daß die Preußen seinen leib eigenen Knecht gewaltig zum Soldaten gepreßt hätten. Er verlangte die Auslieferung desselben. Das ging nun freilich nicht so rasch, wie sie glauben mochten, denn die zurückgebliebenen Offiziere thaten Einspruch auf Grund der Capitulationsbedingungen, so daß die ganze Geschichte zuletzt vor den Gouverneur kam. General Rapp ließ den Grenadier, der so weit gewesen war, daß er

wird nicht hierher zurückkehren; die für ihn stets reservirten Zimmer sind bereits anderweitig vergeben.

Die „Augsburger Abendzeitung“ bringt einen Bericht über das Leben der kronprinzlichen Familie in San Remo, welchem wir folgendes entnehmen: „Um 5 Uhr wird das Diner eingenommen, zu dem die Prinzessinnen nach englischer Sitte in voller Toilette, also auch decolletirt erscheinen. Nach demselben wird meistens musiziert und die Kronprinzessin pflegt oft zwei hier anässige Geschwister S. schi zu diesen Abenden zuzuziehen. Häufig auch belustigen sich die Prinzessinnen durch Gesellschaftsspiele und der Kronprinz widersteht wohl nie den Bitten seiner Siblings, an denselben theilzunehmen.“

* [Der Kronprinz von Griechenland] war, wie bereits gemeldet, am vorgestrigen Tage in Berlin. Nach dem Diner im königl. Schlosse, bei dem der Prinz und die Frau Prinzessin Wilhelm die Honneurs machten, erschien die Kaiserin. Als der Kronprinz von Griechenland sich verabschieden wollte, ließ ihn der Kaiser zu sich in sein Zimmer bitten, und hier fand, der „N. Br. Zig.“ zufolge, eine dreiviertelstündige Unterredung zwischen unserm kaiserlichen Herrn und dem jugendlichen Thronerben von Griechenland statt. Der Kronprinz hat über den Eindruck, den die ehrwürdige Gestalt unseres Kaisers auf ihn gemacht, sich in sehr beglückten Worten geäußert. Die größte Ueberraschung telegraphirte er sofort nach Athen. Der Kaiser übergab ihm nämlich den Schwarzen Adler-Orden, und zwar den Stern, den er selbst auf der Brust trug. Später nahm der Kronprinz noch den Thee im königlichen Schlosse ein und kehrte dann mit dem Abendzuge nach Leipzig zurück, von wo er gestern mit seinem Bruder, dem Prinzen Georg, nach Athen abzureisen gedachte.

* [Der Schah von Persien], von dem es jüngst geheißen hat, daß er seine für das nächste Jahr geplante Reise nach Europa aufgegeben habe, kommt doch, denn das „Neue Wiener Tageblatt“ meldet, der Schah dürfte die Reise schon im Monat März 1888, nach dem acht-tägigen Newrus (Frühlingsfest), welches am 21. März beginnt, antreten und zuerst nach Wien kommen, um sich von dort aus nach Berlin, London und Paris zu begeben.

* [Die gefälschten Altensücke.] Der „Figaro“ theilt mit, die von Bismarck enthaltenen Fälschungen rühren von den Gräfinnen Brillwitz und Verponcher her. Sie bekehren in Briefen an deren Schwester, Gräfin Schleinitz, gegenwärtig Gräfin Woldenstein, Gemahlin des österreichischen Botschafters, worin nicht nur falsche Darstellung der Gefinnung des Kaisers, sondern auch Copien angeblicher diplomatischer Altensücke, darunter eine gefälschte Depesche des Prinzen Reuß an den Fürsten von Bulgarien, enthalten seien. Die Gräfin Woldenstein habe diese Briefe der Kaiserin von Rußland, und diese habe sie ihrem Bruder Waldemar von Dänemark gegeben. Dessen Gemahlin, eine geborene Prinzessin von Orleans, habe die Papiere gelegentlich eines Spazierganges dem Jaren übergeben, der denselben jedoch kein Gewicht beilegte. Der „Figaro“ fügt hinzu, Graf P. Illiitz, sei seiner Function als Kammerherr bereits entsetzt. Verponchers Enthebung stehe bevor, wahrscheinlich auch die Woldenstein's. — Bestätigung bleibt abzuwarten.

* [Die Ausbeutung Deutsch-Südwest-Afrikas.] Auch durch die entdeckten „Goldminen“ wird die Reichsregierung sich aus ihrer bisherigen zurückhaltenden Stellung in Bezug auf die staatliche Hoheit in jenen Gebieten vermutlich nicht herausbringen lassen. Wie der „Voss'sche“ mitgetheilt wird, hat der Staatssecretär des Auswärtigen, Graf Herbert von Bismarck, nach Vorzeigung der hierher gelangten Goldproben erklärt, die Reichsregierung habe auch jetzt keinen Anlaß zu einem Eingreifen in die südwestafrikanischen Verhältnisse.

ausgeliefert werden sollte, vor sich kommen, und Jach erklärte dem General rundweg, daß es nicht so unwahr sei, daß man ihn gewaltsam zum Solbaten gepreßt, daß er vielmehr selbst um seine Einstellung gebeten habe und daß er ein preussischer Unterthan sei. General Rapp wies also das Gefühl der Herren schon recht unwirksam ab. Darüber war nun aber Capitän Jantschewski, der französische Offizier ist, dazu gekommen, weil er irgend eine Meldung zu machen hatte, und dieser erklärte dem General wieder, daß beide Herren überhaupt jeder Protection unwürdig seien. Er habe ihnen freilich den Auftrag erteilt, Contributionen in deutschen Dörfern zu erheben, und dazu seien sie allerdings berechtigt gewesen. Sie hätten aber das erhobene Geld für sich behalten, statt es in die Kriegskasse abzuliefern, und das preussische Gericht habe sie deshalb mit Recht zu entbehrender Strafe verurtheilt. Das fuhr nun Rapp gewaltig in die Nase, weil die Herren vorher um die Erlaubnis gebeten hatten, in eins der polnischen Regimenter als Offiziere eintreten zu dürfen. Jantschewski protestirte dagegen ganz energisch, weil polnische Offiziere niemals mit so gemeinen Thätigkeiten aufzugetrieben würden. Das Ende war, daß Rapp die beiden Spitzbuben wieder ins Gefängnis stecken ließ, damit der preussische Staat nicht, wie er sagte, um sein wohlverdientes Recht verliere. Jach aber ist mit dem nächsten Transporthen Genener zu den preussischen Vorposten geführt worden und als ein tapferer Soldat von seinem Commandeur sehr wohl aufgenommen worden.“

Erst spät am Abend traf Herr Hintfelds Sohn ein und wurde von Vater und Mutter mit stürmischem Jubel empfangen, während er selbst die Schwestern ebenso freudig begrüßte und den Schwägern die Hand bot. Der falsche, kräftige junge Mann machte den günstigsten Eindruck durch sein festes, selbstbewusstes Auftreten und die ehrliche Offenherzigkeit, welche aus seiner Haltung und seinen Reden hervorleuchtete. Natürlich hatte er zuerst über seine persönlichen Erlebnisse viel zu berichten, so daß Herr Hintfeld die feierliche Sitzung des Familienraths auf den nächsten Tag verschob. (Schluß folgt.)

Das Haus Hintfeld in Danzig.

Eine Erzählung aus dem Jahre 1806—1807 von G. . . .

(Fortsetzung.)

Die Frauen hatten diesem Gesprächs still zugehört. Nun meinte aber Frau Hintfeld, es sei nachgerade Zeit, daß die Rede auch auf die persönlichen Angelegenheiten der Familie komme. Herr Hintfeld erklärte aber bestimmt, daß er sich darüber erst äußern werde, wenn Heinrich sich eingestellt haben werde, den man ja jeden Augenblick erwarten könne. So viel sei aber fest, daß nummehr in ganz kurzer Frist Hochzeit gemacht werden solle; dabei möchten die Damen sich für den Augenblick beruhigen. Sein Sohn müsse irgendwo unerwarteten Aufenthalt gefunden haben, denn bei der vollständigen Wasserfluth im Felde könne ihm schwerlich etwas zugefallen sein. Er setze ihm seinen Schwiegerbräutigam auseinander, daß ihr Schwager, weil er von England kommend von Weften her schwerlich unbeargwohnt hätte durch kommen können, den Seeweg über Ropenhagen und Kopenhagen eingeschlagen habe. Er selbst wisse aber vermittelst britischer Auskunft, daß Heinrich in Ropenhagen sich einen dänischen Paß zu verschaffen gewußt habe und schon vor fünf Tagen in Kopenhagen angekommen sei, also reichlich Zeit gehabt habe, an dem bestimmten Tage hier einzutreffen. Man müsse sich also gedulden und auf den Austausch einzelner Erlebnisse beschränken.

Unter den Mittheilungen, die Herr Hintfeld nun noch zum Besten gab, erregte seine Erzählung von den Forderungen, welche der Eroberer an die Stadt gestellt hatte, das höchste Interesse der Herren Graf Rall, und der gleichzeitig mit der Vereinerung der Stadt dort eingetroffen war und sein Amt als Gouverneur wieder übernommen hatte, war sofort mit dem Rath der Stadt und der Bürgerschaft in dasselbe freundliche Verhältnis getreten, durch welches er sich vorher schon die Achtung und das Zutrauen derselben erworben hatte und wegen dessen er mit Schnelheit erwartet worden war. Rath und Bürgerschaft hatten sich daher auch bereit, ihn nach besten Kräften zu unterstützen. Man war jeder Forderung bereitwillig entgegengekommen, hatte alles geliefert, was zum Unter-

halt und zu besserer Verpflegung der Garnison dienen konnte, und wo die Mittel der Stadt nicht dazu geeignet erschienen, hatte man freiwillig bedeutende Summen namentlich von Seiten der Kaufmannschaft gegeben. Man ergänzte die Equipierung der Truppen, man richtete Lazarethe ein, dotirte dieselben ausreißend. Man brachte einen Fonds zusammen für Soldatenweiber und Soldatenkinder, gewährte Anleihen für Bedürfnisse, welche die königlichen Kasernen nicht gleich bezahlen konnten, man vertheilte Wein unter die Truppen, die von den Befestigungsarbeiten stark angegriffen wurden, und endlich wurde noch eine Bürgerwehr organisiert, welche, über 4000 Mann stark, der Garnison den inneren Wachtrost zu ihrer Erleichterung abgab und denselben trotz des Bombardements pflichtgerreu versah.

„Sie sehen, lieber Woltersdorf, daß wir alles Mögliche gethan und der Bürgerschaft, welche Sie dem General Wankstein gegenüber für unsere Gefinnung und die Opferwilligkeit der Bürgerschaft übernommen hatten, alle Ehre gemacht haben“, schaltete Herr Hintfeld hier ein.

„Ich habe“, erwiderte der Kriegsrath, „nicht einen Augenblick daran gezweifelt, daß das geschehen würde.“

„Nun gut“, fuhr Herr Hintfeld fort. „Die Scene änderte sich gewaltig, als die Franzosen von Danzig Besitz genommen hatten und jedem sofort klar wurde, daß sie nicht wieder hinauszugehen gedachten. Zwei Tage nachher wurde der Marischall Lefebvre von Napoleon zum Herzog von Danzig ernannt, und ich mag Ihnen die Gefühle nicht beschreiben, mit denen wir auf Befehl dem Herzoge gratuliren mußten. Das war aber erst der Anfang der Demüthigung und der Plünderung — man kann keinen anderen Ausdruck gebrauchen —, der wir nummehr ausgelegt sind. Napoleon erdient selbst bei uns, und im Jörn über die Unterjüngung, welche wir den Truppen unseres Landesheeren gewährt hatten, legte er der Stadt eine Kriegskontribution von 20 Millionen Francs auf. Es wird uns nichts helfen, obgleich man gesonnen ist, alle e denklischen Schritte zur Abwendung zu thun; wir werden eine ungeheure Schuldenlast auf unser ruiniertes Gemeinwesen nehmen müssen. Der neugeborene Herzog von Danzig forderte für sich einen Wechsel von

vielmehr habe sich die Colonial-Gesellschaft für Südwest-Afrika anbeilehig gemacht, die Ordnung auf ihrem Schutzbereich aufrecht zu erhalten. In ihrer letzten Generalversammlung hat diese Gesellschaft sich bereit erklärt, die Subsidien und Compensationen nachzuweisen. Aus dem am 30. September erstatteten Bericht ging hervor, daß das Gesamte des Ulfafafes Kapital von 1.500.000 Mk. auf 274.000 Mk. zusammengeschmolzen war, obwohl die Colonial-Gesellschaft bisher nur wenig geleistet hatte. Offenbar hatte sie auch für weitere Schritte, denn sie überließ die Schutzbereiche zu einem billigen Preise einer Handels-Gesellschaft, der süd-afrikanischen Compagnie. Ob die Colonial-Gesellschaft, durch die Goldfunde veranlaßt, jetzt anders auftreten wird, muß sich zeigen; in jedem Falle hat das Reich als solches allen Grund, die in Aussicht gestellten großartigen Ausbeutungserfolge in Nähe abzuwarten.

* [Vorbildung der Geistlichen.] Den Gegenstand der Beratungen des Evangelischen Oberkirchenraths mit dem General-Synodalrat in der am Mittwoch bevorstehenden Sitzung wird, wie nach der „N. Br. Ztg.“ verlautet, die Frage nach der praktischen Vorbildung der Geistlichen und insbesondere des Vicariats in der preussischen Landeskirche bilden.

* [Der Gesandtschaft betreffend die Unter- stützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften.] Ist in der betreffenden Commission des Reichstags gestern in erster Lesung angenommen worden. Es wurden nur nebensächliche Änderungen mit redactioneller Natur beschlossen. Für die zweite Lesung werden von den süddeutschen Mitgliedern der Commission Anträge vorbereitet, welche eine andere Zusammenfassung der im Gesetze zur Beurlaubung der Unterstützungsbedürftigkeit vorgesehenen Verbandecommissionen bezwecken.

Köln, 12. Dezember. Beduße Zeichnung von Aktien der polnischen R. tungsbank wird in Galizien eine ansehnliche Thätigkeit entfaltet. Es haben sich zu diesem Behufe — schreibt die „B. Z.“ — in fast allen Kreisen Kreiscomités gebildet, und außerdem entwickeln Damen-Comités ihre Thätigkeit. Auf die gesammelten Aktien ging bereits hier an die Kasse der Creditbank in Lemberg von verschiedenen Seiten eine Summe ein, welche dem Werthe von 28.250 Mk. entspricht, ebenso an die Kasse des gegenseitigen Creditvereins in Krakau 9589 Gulden. In der landwirthschaftlichen Lehranstalt zu Dublanz haben die Lehrer zwei ganze Actien und die Zöglinge der höheren Abtheilung eine Actie gezeichnet; doch wird, da diese Zöglinge meistens Söhne vermöglicher Eltern sind, erwartet, daß sie später noch zwei Actien zeichnen werden; auch die Zöglinge der unteren Abtheilung, meistens Söhne un- mittelbarer Leute, haben nach Kräften beigetragen.

Österreich-Ungarn.

Wien, 12. D. Z. Der Kaiser stattete heute dem König und der Königin von Dänemark in Begleitung eines Besuchs ab und nahm sodann die Accreditiv des neu ernannten japanischen Gesandten entgegen.

Frankreich.

* [Neue Scandale in Sicht.] Während vielfach angenommen wurde, daß die Angelegenheit Wilson durch die Abkündigung Greys abgethan sei, erfährt man aus dem Pariser „Petit Journal“, daß man in gewissen Kreisen Herrn Wilson die Concurrenz noch nicht vergessen hat, die er den Soublättern bereitet. Es ist von neuen und kanakischen Entwürfen die Rede, in deren Verfolg zahlreiche Verhaftungen stattfinden sollen. Zunächst sind diese Gerüchte freilich noch völlig unsicher, und sie haben für ihre Richtigkeit keinerlei Bürgschaft außer dem gewöhnlichen Gerüchte einer in ihren Mitteln nicht gerade wählertischen Concurrenz.

* [Ferry und die Radikalen.] Wenn die ihm zugebachte Kolonialpolitik ihm nicht das Herz durchbohrt hat und er in diesem Augenblicke kein toter Mann ist, so verbannt er dies entweder der besonders schlechten Beschaffenheit des Revolvers oder, wie die „Post. Ztg.“ schreibt, einem Panzerflechte, das er, wie er selbst berichtet wird, in seiner Weste zwischen Stoff und Futter getragen haben soll. „Zentralfreie“ hat so lange Tag für Tag erklärt, Herr Ferry müsse todgeschlagen werden wie ein toller Hund, und für einen guten Franzosen gebe es kein verächtlicheres Wort, als diesen „Bedienten Bismarck's kalt zu machen“, die anderen Blätter derselben Gattung haben so lange das Volk beschworen, aufzustehen, Barrikaden zu errichten, zu Petroleum und Dynamit zu greifen, wenn „der kaiserliche Herr, der Frankreich an Deutschland verkaufen wolle“, zum Präsidenten der Republik gewählt würde, daß bei dem Temperament der Pariser Bevölkerung die vom Verdrüß erzählte Geschichte von seinen zahlreichen Complicen gar nicht so unglaublich klingt. Von welchem unerbittlichen Haß die Radikalen gegen Ferry erfüllt sind, trogdem derselbe am Tage der Präsidentenwahl hochherzig zu Gunsten Carnots verzichtet hatte, davon liefern noch ihre am Tage des Verdrüß erschienenen Blätter neue Beweise. Die Aussicht auf ein Ministerium Fallières hatte von neuem ihre Wuth entfacht und so schrieb vorgestern Rochefort im „Zentralfreie“:

„Man gibt uns nicht Ferry, weil, wenn dieser Räuber auf der Ministerbank säße, der Scheitel ihm von selbst ins Gesicht fliegen würde. Aber man gibt uns das Kleingeld dieser falschen Münze: Fallières, Rouvier, Ferson und die Andern, welche die Kammer ausgeworfen hat und die Herr Carnot nun wieder freisetzen will. Aufrichtig gestanden, muß er einen guten Wagn haben!“

Und wenn auch nicht in so unsichtbarer, so doch in nicht minder feindlicher Weise eifert selbst in dem „Clementine“ den Blatte „Justice“ dessen Hauptredacteur Camille Belletan gegen Ferry, den er hinter dem Verdrüß Fallières, das Ministerium Rouvier ganz oder zum Theil wiederherzustellen, vielmehr nicht mit Unrecht wittert. Gambetta hatte den Radikalen einst zugerufen: „Ich werde Euch bis in Eure verborgensten Schlafstübchen verfolgen“; von Ferry wußte man aus seinem eigenen Munde, daß er die Gefinnungen Gambetta's in dieser Hinsicht voll und ganz theilt.

England.

London, 12. Dezember. Die Zuerconferenz beriet heute den Bericht des Subcomités, welcher sich einstimmig dahin ausdrückt, daß die Schwierigkeiten bezüglich der Frage der Rassen in Läären nicht unwahrscheinlich seien. Der Bericht empfiehlt daher ein St. uer auf raffinierten Zucker, und zwar in der Form, wie er zur Consumtion gelangt, und es wird jeder d. r befehligten Nationen überlassen, selbst Entscheidungen für die Erhebung der Steuer zu treffen. Seitens des französischen Delegierten waren verschiedene Einwürfe untergeordneter Bedeutung erhoben worden. Die Konferenz vertagte sich hierauf bis Mittwoch, um den auswärtigen Regierungen Zeit zur Prüfung des Berichts zu lassen. (W. Z.)

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Die zweite Lesung der Getreidezollvorlage hat (wie wir in der gestrigen Abend-Ausgabe vorher sagten. D. R.) zur Annahme der Fünf-Mark-Zollfäße für Weizen und Roggen geführt.

Die Sitzung des Reichstages dauerte bis in den späten Abend hinein, denn auf die lange Debatte folgten noch drei namentliche Abstimmungen. Es wurde nur über die Zölle auf Weizen und Roggen abgestimmt. Der Zoll auf 6 Mark wurde mit 238 gegen 108 Stimmen abgelehnt; dafür stimmten nur die Conservativen. Der Antrag auf 5 Mark für Weizen wurde mit 227 gegen 125 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die Conservativen, das Centrum mit wenigen Ausnahmen und 18 bis 20 Nationalliberale. 5 Mark für Roggen wurden mit etwa derselben Mehrheit angenommen. Morgen wird zunächst über Gerste, Hafer u. s. w. abgestimmt.

Abg. Brümel (freil.) empfiehlt den Reichstagen der Commission beizutreten, d. h. jede Erhöhung abzulehnen. Wenn die Zölle der Regierung vorlage zur Annahme gelangen, so würde das notwendige Lebensmittel nahezu mit dem höchsten Zolle des deutschen Zolltarifs belastet sein. Redner weist nach, daß mit den Bewegungen der Getreidepreise die Bewegung der Preise für Mehl und Brod Hand in Hand gehe. Eine Erhöhung, wie sie von freiconservativer Seite in Vorschlag gebracht ist, sei nachtheilig, die Preissteigerung des Brodes abzuwehren. Was der preussische Landwirthschafts-Minister an Material für die Zusage der Erhöbungen und das Stützen der Preise beigebracht habe, sei sehr beweisungslos. Was insbesondere die niedrigeren Preise anlangt, so würden sie mehr als ausgleichend durch die höheren Ernterträge, wie das auch bei der ersten Lesung der Vorlage von einem praktischen Landwirthe nachgewiesen wurde. Redner verweist auf die Urtheile der Handelskammern, die sich übereinstimmend gegen die Zollerhöhung ausgesprochen haben. Herr v. Bennigsen habe an die Rechte einen Warnungsruf gerichtet, indem er darauf hinwies, welche vortheilhafte Waffe man der freisinnigen Partei für ihre Agitationen mit der Zollerhöhung in die Hand geben würde. Die freisinnige Partei verzichte aber gerne auf jede Agitation, sie habe nur den Wunsch, daß diese Zölle abgelehnt werden und die Aufhebung der Einzelinteressen endlich einmal bei uns aufhöre. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. v. Mirbach (cons.) erklärt, daß die conservative Partei voll und ganz auf dem Boden der Regierungsvorlage stehe, soweit es sich um die Zölle für Weizen und Roggen handelt. Immerhin seien die Zölle nur ein Hindernißmittel für die Noth der Landwirthschaft; endgiltig helfen könne man nur durch Aenderung der Währungsfrage. Bisher ist für die Landwirthschaft recht wenig geschehen; selbst die Vertheilungen nach der lex Sene waren dem Osten ungenügend, wie die Regierung selbst anerkennt hat. Die Vermaßregeln bittet Redner nach der Regierungsvorlage anzunehmen, von den von der Commission beschlossenen Aenderungen aber abzusehen, wenn nicht der ganze Vortheil, den die Vorlage gewährt, allein in die Tasche der Speculanten fließen soll.

Abg. Franzmayer (nat. lib.) erklärt sich als Gegner jeder Zollerhöhung. Die deutsche Industrie könne heute nur schwer auf dem Weltmarkt concurrenzen, so daß ihr der Gedanke einer Lohn-Erhöhung nahe liege. Sollte dem Arbeiter jetzt das Brod durch höhere Zölle vertheuert werden, so sei es sehr unwahrscheinlich, daß die Industrie ihm ein Aequivalent in höherem Lohne gewähren könne. Sollte aber vielleicht sogar eine Lohnverdrängung und Verdienstminderung gleichzeitig den Arbeiter treffen, so werde das schwere Unzufriedenheit hervorrufen. Die Schilderungen von dem angeblichen Nothstande der Landwirthschaft seien sehr übertrieben und namentlich könne nicht davon die Rede sein, daß die Landwirthschaft ohne neue Zollerhöhung dem Bankrott verfallen sei. Die Spartenpolitik beweise, daß selbst in den im ersten Sinne „landwirthschaftlich“ genannten Provinzen die Sparanlagen um Millionen gestiegen seien. Wenn Herr v. Mirbach alle Heil von der Silberwährung erwarte, so müßte er ihn darauf hinweisen, daß in Österreich und Rußland nicht die Silber-, sondern die Papierwährung herrsche.

Abg. Windthorst constatirt, daß der ganze Süden und Westen gegen die Aufhebung des Zementzollgesetzes sei. Was die Zollerhöhungen anlangt, so hätte er gewünscht, daß die Regierung nicht mit einem solchen Vorschlage gekommen wäre. Neues zur Begründung der höheren Zölle sei nicht beigebracht worden, dagegen zeige die Rede des Herrn v. Mirbach, daß wir auch damit noch nicht zu einem Abschlusse kommen würden. Sein Antrag, den Zoll auf 5 Mark festzusetzen, sei ein Compromiß, auf dessen Boden Redner und seine Freunde sich zusammengefunden hätten. Sie hätten sich vielmehr auch in einen höheren Zolltag, wie ihn die Regierung vorschlägt, gefügt, wenn sie die Sicherheit gehabt hätten, daß es damit auch ein für 5 Mark genug sei. Von den Freunden der Vorlage sei nicht nachgewiesen worden, daß der Zoll wirklich 6 Mark betragen müßte; andererseits sei aber auch nicht nachgewiesen, daß der Zoll wirklich das Brod vertheuern werde, was freilich sehr bedenklich sein würde. Redner schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß sein Antrag allgemein, in und außer dem Hause, als ein Akt der Verständigung aufgefakt werde.

Abg. Passerott (Centr.) wendet sich gegen Mirbach und den Großgrundbesitz.

Abg. Richter: Neue Gesichtspunkte zu bringen sei unmöglich; man dürfe die heute ganz abhandeln gekommen sein, könne man nicht oft genug wiederholen. Die Agrarier seien jetzt fanfrier, sie nehmen auch 5 Mark. Aber Herr Windthorst irrte, wenn er damit Verständigung erreichen will. Diese 5 Mark zeigen nur den Appetit der Agrarier, sie werden weiter fordern. Redner geht auf die Frage des Identitätsnachweises ein und bedauert, daß die Conservativen und der Abg. Windthorst noch widerstreben. Die Geschichte verlangt kein Monopol, sondern nur das, was ihr natürliches Recht ist und was ihnen früher unter den Zöllen von einer absoluten Regierung anstandslos gewährt wurde. Wenn die hohen Zölle eintreten ohne Aufhebung des Identitätsnachweises, so ist ihnen die Lebensader abgeschnitten; daher ist es die erste Pflicht, an die Lösung dieser Frage sofort heranzugehen. Redner geht ausführlich auf die Motive ein und verweist j. den Beweis für die Nothlage; weiteres Material habe die Regierung der Commission nicht gegeben. Weder die Sachverträge der Domänen noch die Steuerveranlagung ergeben die Existenz der Nothlage. Das Resultat der jahrelangen Petitionsbewegung sei kläglich. Unter vielfachem lebhaften Widerspruch der Conservativen weist Redner auf die Gefahren dieser Politik hin. Herr v. Bennigsen habe vornehm über die Agi-

tationen gesprochen. Wer habe rücksichtslos agitiert mit Verfassungen und Petitionen bei einer verhältnißmäßig kleinen Sache, wie dem dritten Director? Sie hülfe keine Reitererei. Diejenigen, welche einer solchen Politik nicht energisch entgegengetreten, hätten eine schwere Verantwortung; sie hätten sich, daß bis hierher gegangen worden ist. Positivismus ist trotz Benützung Befreiung vorhanden. Ihn zu bekämpfen wäre die wichtigste und heiligste Pflicht. Gewiss ist ein großes Kapital von Treue und Gerechtigkeit auf die Reichsinstitutionen vorhanden, aber er frage Herrn v. Bennigsen, mit dem er früher im Nationalverein gemeinsam für den nationalen Gedanken gearbeitet: was würde er gesagt haben, wenn jemand behauptet hätte, 16 Jahre nach Entlassung des Reichs würde ein Kornzoll von 5 Mark und eine innere Politik existieren, die durch die Namen Rüstamer und Siedler bezeichnet wird. Da ist nur ein entschiedenes Frontmachen möglich, entweder — oder.

Minister Lucius sagt u. a. gegenüber dem Abg. Richter, wenn dieser die Süd- und Westdeutschen von der Richtigkeit seiner Auffassung über die Identitätsfrage überzeuge, so werde er den Beschwerden Gehör geben. Er bittet, die Vorlage unverändert anzunehmen.

Minister v. Scholz polemisiert gleichfalls gegen den Abg. Richter, namentlich bezüglich der Steuerpolitik.

Abg. v. Fischer (nat. lib.) sagt, in der Commission habe er für 6 Mark gestimmt; er wäre auch jetzt noch dafür, wenn dafür Aussicht auf Annahme vorhanden wäre. Da aber nur eine Majorität für 5 Mark vorhanden sei, stimme er gleich für 5 Mark.

Nach persönlichen Bemerkungen folgen die Abstimmungen.

Berlin, 13. Dezbr. Bei der heute fortgesetzten Sitzung der 3. Klasse der 177. Königl. preussischen Kassenlotterie fielen in der Vormittagsziehung:

1 Gewinn von 15 000 Mk. auf Nr. 98 411.

3 Gewinne von 10 000 Mk. auf Nr. 68 674 103 801 188 568.

2 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 76 885 150 461.

1 Gewinn von 1500 Mk. auf Nr. 136 578.

9 Gewinne von 500 Mk. auf Nr. 95 26 10 040 17 830 37 560 77 571 93 854 120 203 131 371 184 822.

23 Gewinne von 300 Mk. auf Nr. 211 1423 13 527 17 477 24 314 31 208 40 243 42 427 46 693 82 897 89 250 94 183 100 090 123 226 153 280 157 850 164 504 167 281 171 672 172 216 186 633 187 280 187 359.

Paris, 13. Dezember. Die heute in den Kammern verlesene Vorlage des Präsidenten Carnot betont ganz besonders, daß eine Politik der Entlastung der Verhinderung, der Verschönerung der Finanzen und der praktischen Reformen zu verfolgen sei. Wenn die Kammern die Regierung in der Verwirklichung dieses Programms unterstützen, so werden sie Europa ein sehr werthvolles Band dafür geben, daß Frankreich von dem glühenden Wunsche befreit ist, zur Befestigung des allgemeinen Friedens beizutragen. Sie werden dadurch die Erhaltung und die Entwicklung guter Beziehungen zu den fremden Mächten leicht machen.

Kammer und Senat vertragen sich nach Verlesung der Vorlage bis Donnerstag. Der Ministerpräsident Tirard brachte eine Vorlage ein, in welcher die Bewilligung eines provisorischen Zwölftels des Budgets beantragt wird.

Danzig, 14. Dezember.

* [Westpreussische Gewerbetammer.] Die Aufstellung der Section für Handwerk und Gewerbe, welche die Grundlage für die Discussion und Beschlußfassung in der gestrigen Plenar-Versammlung bildete, enthielt folgende Punkte, deren Mittheilung in dem gestrigen Referat wegen der erst zur Zeit der Redaktionschluss gefolgten Verhandlungen nicht mehr möglich war:

1) Die Innungsmeister haben sich mehr als die Nicht-Innungsmeister an der Ausbildung und Erziehung der Lehrlinge betheiligt.

2) Ausstellungen von Lehrjahrsarbeiten haben in den Städten Danzig und St. Georgen stattgefunden und eine weitere Ausstellung ist in St. Krone in Vorbereitung begriffen.

3) Es sind die Innungen auf die Erfüllung des § 97 der Gewerbeordnung Nr. 4, betreffend die Einrichtung von Schiedsgerichten zwischen den Innungsmeistern und ihren Lehrlingen, aufmerksam zu machen und die Herren Regierungs-Präsidenten um Förderung dieser Angelegenheit zu eruchen.

4) Es ist der Wunsch zum Ausdruck zu bringen, den Unterricht in den städtischen Fortbildungsschulen Abends erst um 7½ Uhr beginnen zu lassen. Es würde durch diese Einrichtung den vielen Beschwerden, Verfalls und Befristungen vorgebeugt werden können.

5) Im Regierungsbezirk Marienwerder ist ein Innungs-Comite verschiedener Gewerbe für die Kreise Königs, Brom, Schlochau, Tuchel und St. Krone gebildet worden.

6) Ein Innungsverband der Maurer- und Zimmermeister ist für die Provinz Westpreußen in der Bildung begriffen.

7) Im Marienwerderer Regierungsbezirk konnte 40 Innungen das Vorrecht aus dem § 160 Nr. 4 verliehen werden.

8) Da von den Innungen resp. Innungsverbänden Fachschulen errichtet werden und Mittel nicht vorhanden sind, so ist die Königl. Regierung um Subvention für dieselben zu bitten.

Bezüglich des von den hiesigen Innungen an den Herrn Oberpräsidenten gerichteten Gesuchs wegen der Ueberschuldung einzelner Uebelstände beschloß die betreffende Section folgendes:

1) Die Ueberschuldung von Corporations-Rechten an die Stellenbesitzer ist abzulehnen, da diese Vorrechte eher zur Trennung als zur Verbindung der Meister und Gesellen führen müßte.

2) Die Zulassung sämtlicher Gesellen zu den Innungs-Rancten, ob sie bei Innungs- oder Nicht-Innungsmeistern arbeiten, wird abgelehnt empfohlen.

3) Das Verlangen nach einer Verordnung betr. in welcher der Weg vorgezeichnet werden soll, wie die außerhalb der Innung stehenden Arbeitgeber zu den Kosten der Lehrjahrsarbeiten, Stellenherbergen u. dergleichen sind, wird auf die Aufschubbedingung hingewiesen, welche bei anderen Innungsangelegenheiten event. die Bestreitung solcher Kosten im Wege der Excoition durchzuführen berechtigt sind.

4) Die Ueberschuldung der Innungsmeister an der Aufsicht und Verwaltung der städtischen Fortbildungsschulen wird befürwortet.

5) Die Ueberschuldung des Warenverkehrs mit den aus den Strafanklagen geleisteten Arbeiten des Handwerks wird als schädigend anerkannt, da der Arbeiter mit d. n. Preisen dieser Ereignisse nicht concurrenzen kann. Auch die Einrichtung von Lehrwerkstätten für die Erziehung von Handwerkern in den Strafanklagen ist als nachtheilig zu bezeichnen.

6) Die Einrichtung und Unterhaltung einer Gewerbe-Ausstellung für die Provinz Westpreußen in Danzig oder Gding wird befürwortet.

7) Das Gesuch der Fischereigenossen der Fischerei wegen Verbot der Ausübung von Fischereiarbeiten in dem hiesigen Gefängnis wird als nicht hierher gehörig betrachtet.

8) Das Gesuch der Schiffszimmerer-Brüderschaft um Gleichstellung der Verhältnisse zwischen den kaiserl. Werften von Kiel und Wilhelmshafen, sowie die Verbesserung des Verhältnisses der Werkmänner zu ihren

Gesellen in socialer Beziehung ist an die Marinebehörde zu richten.

9) Die Beschwerden der Schneider-Innung und der Schuhmacher-Innung zu Danzig über die Privat-Polizei zu Buchenbeider bei den hiesigen Truppenkassen sind nicht geeignet zur Erörterung in der Gewerbe-Kammer; beide Gesuche sind vielmehr an die Militärbehörden zu richten. Im übrigen werden beide Beschwerden von der Abtheilung als begründet anerkannt.

10) Das Gesuch der hiesigen Fleischergesellen-Brüderschaft um Einschränkung der Sonntagsarbeit wird von der Commission, welche zur Untersuchung dieser Verhältnisse eingesetzt ist, ihre Arbeiten noch nicht erledigt hat, als noch nicht spruchreif bezeichnet.

11) Die Beschwerde der Rüstamer-Innung über die Einschränkung, daß nur von zwei hiesigen Rüstamer-Gesellen die Bedürfnisse für das Militär besorgen werden, ist an die hiesigen Militärbehörden zu richten.

Die Section für die Landwirthschaft, welche gestern Vormittag 10 Uhr zusammentrat, beschloß in Bezug auf die Hebung der Fischzucht folgendes:

1) Der Fiscus möge die Verpachtung kleiner, wenig fischreicher Gewässer möglichst unterlassen.

2) Die Befestigung der Fischerei während der Schonzeit wird als besonders schädlich erachtet und es sind die Herren Regierungs-Präsidenten zu eruchen, von der Befugnis, an gewissen Tagen während der Schonzeit die Fischerei zu gestatten, möglichst wenig Gebrauch zu machen.

3) Die Herren Regierungs-Präsidenten sind zu eruchen, das königliche Forstpersonal mit der polizeilichen Controlle der Privatgewässer zu beauftragen.

4) Es empfiehlt sich die Anlegung von geeigneten Schonrevieren.

5) Die Strafvorschriften für Fischereistrafen sind zu veröffentlichen.

6) Das Fischereirecht der Adjacenten ist unbedingt schädlich und unethisch mit einer rationellen Fischzucht.

7) Fischerei-Gesellschaften werden nicht empfohlen, sondern die Fischereigenossen sind nach Analogie der Jagd auf die politischen Gemeinden zu übertragen.

8) Die Bildung von Fischerei-Bezirken wird befürwortet und 5 Kilometer bei Flußläufen für einen selbstständigen Fischereibezirk empfohlen, jedoch mit der Maßgabe, daß Gemeinden, die mindestens 2 Kilometer Flußläufe haben, selbständige Fischerei-Ziele bilden, dagegen Gemeinden mit weniger als 2 Kilometer mit den Nachbargemeinden einen Fischerei-Bezirk ausmachen, der dann aber nicht weniger als 5 Kilometer Flußlänge haben darf.

9) Koppel-Fischereien müssen nach lachendstem Gutachten so lange ruhen, bis sie durch eine rationelle Fischzucht wieder ertragsfähig gemacht sind, wenn nicht vorgelegt wird durch Bildung einer Genossenschaft oder gemeinsamer Verpachtung Selbsthilfe zu schaffen.

10) Abänderungen der Berechtigungen sind nachtheilig, werden aber schwer durchzuführen sein, da die Eigentümler die Kosten zu scheuen pflegen; indessen wird dringend empfohlen, daß der Fiscus mit der Abänderung der Berechtigungen in seinen eigenen Gewässern vorgeht. Eine zwangsweise Belegung der Fischerei-Genossenschaft wird nicht für zweckmäßig erachtet.

* [Gartenbau-Verein.] Nach der Vorstandswahl, über die schon in der gestrigen Abend-Ausgabe berichtet ist, forderte in der Monatsversammlung am 12. d. Mts. der Vorsitzende diejenigen auf, welche Pflanzen und andere Producte ausgestellt hatten, zu denselben einige Erläuterungen zu geben; es erging zunächst Herr A. Bauer das Wort über die von ihm eingeleiteten Pflanzen. Es waren dies namentlich solche, welche in jeder blüthen- reiche Zeit Blumen hervorbringen und dadurch für Gärtner und Liebhaber von großem Interesse sind, nämlich folgende: Aphelandra Sinziana, schön belaubt mit orangefarbener Blüthenähre; Paeonia Woth; zwei Daphnen, Caeantho vertita zartweiß, auf blattloser Stolle blühend, und Oculidium ornithorrhynchum mit dichter Traube von lilafarbenen Blüten; zwei Brombeeren, Nidularium, ectabile und Pteris aquilina, durch organellen Wuchs und Blüthenstand merkwürdig; Hibiscus pedunculatus, leuchtend und reich machend; Polygala dalmaniana, violett und weiß blühend, und Rhopalacoread-nas, immergrüner Warmhauspflanze mit duftenden weißen Blüten. Ferner waren einige schöne Blumen und eine Hyacinthe beigeblüht. Herr R. Robde hatte einen Tisch mit getriebenen Blumen, sowie drei Sorten der frühen Duc van Thol Tulpe aufgestellt, was einen hübschen Effect machte. Herr A. Peng hatte folgendes geliefert: zwei Stanhopea insignis, eine sehr wohlthuende Orchidee, deren ansehnliche, sehr wohlriechende Blüten den ganzen Herbst hindurch in ununterbrochener Folge erscheinen wenn die Pflanzen den Sommer hindurch frei im Sgatten gehalten werden; ferner zwei gefüllte Bouvardien-Sorten in großen blühenden Pflanzen, endlich mehrere ganz niedrige, geriebene Fliedersträucher, deren Blumen vollkommen entwickelt waren und einen reizenden Anblick boten. Ferner nahm Herr Otto Nis das Wort, um einiges über das von seiner Gattin — Frau Louise Nis — hergestellte und in stielchen Rändern ausgelegte Dörrobst mitzutheilen; auch machte er Angaben über den Bau des betreffenden Dörroffens. Den als sehr wohlthuend sich erweisenden Baparat, wie auch sämtlichen ausgelegten Pflanzen wurden Monatsprämien zuerkannt. Zum Schluß, und nach Verpachtung eines der Gärtner besond. in angesehenen Gegenden, erging der Vorsitzende nochmals das Wort, um seinem Bedauern darüber A. S. S. zu geben, daß in der Organ des deutschen Gärtner-Verbandes, der einen großen Theil der Gesellschaft umfaßt, seit geraumer Zeit die sinnlossten Heftereien gegen die Prinzipale enthalten seien, die soweit gingen, daß selbst allgemein geachtete Männer noch nach ihrem Tode in schamloser Weise angegriffen wurden. Er bedauerte dies um so lebhafter, als dadurch nicht allein das gute Einvernehmen zwischen Gesellen und Prinzipalen gefährdet, sondern auch verdrüßlich socialdemokratische Ideen, von denen sich der Gärtnerbund bisher freigehalten habe, in denselben hineingetragen würden. Der Vorsitzende des hiesigen Gärtner (Gesellen) Vereins „Jura“ vermahnte sich aufs entschiedenste dagegen, daß der seiner Leitung unterstellte Verein, den in jener Zeitung ausgelegten Ansichten beistimme oder sich mit solchen oder ähnlichen Betrachtungen beschäftige.

* [Vazar.] Der mit Rücksicht auf das Reinheitsstift des hiesigen Bazar des Diakonissen-Krankenhauses in auf den 5. und 6. Februar festgesetzt worden. Da es die Förderung einer Anstalt gilt, die nicht allein be- ständig eine große Zahl von Kranken aus Stadt und Umgebung zum Theil unentgeltlich versorgt, sondern die ihre Wirkthätigkeit auch weiter auf unsere Unternehmungen ausstreckt, ist es eine Pflicht, die Theilnahme zu wünschen.

* [Strafammer.] Zu Herrn d. 38. Im der Lehrer aus dem Dorfe Kuttisch (Kreis Rastadt) in dienlichen Gesellen zu dem Gemeindevorsteher und Besten Martin Formella ebenfalls. Hierbei äußerte S., daß kein St. S. S., welcher die Schule besuche, doch gerade so alt wäre, als das Kind seines Nachbarn, das jetzt die Schule verläßt; sein Stiefsohn müßte daher entlassen werden. Der Lehrer erwiderte, daß dies nur angängig sei, wenn der Knabe 14 Jahre alt wäre. S. holte nun einen Taufschein aus dem Schatz und übergab diesen dem Lehrer. In demselben war der Geburts- tag des Stiefsohns auf den 12. Juni 1873 angegeben. Später ergab sich, daß in dem Taufschein das Geburtsjahr 1874 in 1873 nachträglich geändert war. Da die von dem Gemeindevorsteher zu führenden Schul- listen im Jahre 1884 als Geburtsjahr des betreffenden Knaben 1874 bezeichnen, während vom Jahr 1883 ab 1873 als Geburtsjahr angegeben ist, so vermuthet die gegen Formella erhobene Klage auch bereits hiezu eine abschließende Falschung. Formella, der sich deshalb gestern zu verantworten hatte, behauptet, von der Ab- änderung des Taufscheines nichts gewußt zu haben und daß in den Schullisten nur die Vorlesungen vorgezeichnet seien. Der Gerichtshof nahm jedoch eine U. Falschung für erwiesen an und verurtheilte den Angeklagten zu 2 Wochen Gefängnis.

* [Polizeibericht vom 13. Dezember.] Verhaftet: 1 Junge wegen Diebstahls, 11 Diebstahls, 5 Bettler, 1 Verurtheilter, 12 Dürren. — Gestohlen: 1 b. r. Cylinderrührer ohne S. C. S. S., 1 Offizier-Paletot, 1 Portemonnaie enthaltend 19 A., 1 brauner Kamm- garnstiefel, 1 dunkelcarvirter Stiefel und 1 Wette, 1 Artillerie-Offizier-Paletot mit weißem Lama gefüllt.

